

Entwicklung war ganz sicher der 9. Oktober in Leipzig, nicht der 9. November in Berlin.

Das Medienereignis, das international das Ende des SED-Systems signalisierte, war aber der Fall der Mauer am 9. November 1989. Hier wird wieder deutlich, daß sich die Absurdität der geteilten Stadt in der für jedermann sichtbaren Sperranlage und damit die ganze Problematik der deutschen Teilung gewissermaßen fokussierte. Die Mauer war nicht die Teilung, aber sie war das für alle sichtbare internationale Symbol der Teilung. Nirgendwo war die deutsche Teilung sichtbarer.

Die geteilte Stadt war eine permanente Herausforderung des SED-Staates vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Existenz. Diese geteilte Stadt war die täglich präsente Antithese, die steingewordene Absurdität. So wurde die Mauer zum Monument der deutschen Einheit schon vor ihrem Fall.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Dr. Wolle, Ihnen ganz herzlichen Dank! Ich finde, Sie haben mit Ihren einleitenden Bemerkungen untertrieben. Denn es ist Ihnen durch Ihre Beispiele und Ihre Schilderungen gelungen, uns wohl alle in die damalige Zeit zurückzusetzen. Das ist etwas ganz Wichtiges: daß wir Nichts vergessen, und zwar auch emotional nichts vergessen. – Deshalb ganz herzlichen Dank!

Sie haben eine Formulierung geprägt, die ich mir aufgeschrieben habe: Man wollte der Abnormität den Schein der Normalität verleihen. Aber das ist nicht gelungen. Sie haben an vielen, vielen Beispielen dargestellt, was diese Abnormität bedeutete.

Ich nehme an, daß gleich der eine oder andere Diskussionsbeitrag auf diese Dinge noch einmal eingehen wird.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den ergänzenden Kurzreferaten aus dem Kreise der Enquete-Kommission. Es beginnt Herr Kollege Bundestagsabgeordneter Professor Dr. Soell. Es folgen die Sachverständigen unserer Enquete-Kommission Professor Dr. Wilke und Dr. Mitter. – Herr Soell, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen, in der ich die erste Berlin-Krise, also die Blockade 1948/49, mit der zweiten Berlin-Krise vergleiche. Während die erste Berlin-Krise insbesondere durch die Luftbrücke ein enormer politischpsychologischer Erfolg für die westlichen Demokratien insgesamt war, insbesondere für die West-Berliner, und auch das Verhalten der West-Berliner auf die westeuropäische und die amerikanische öffentliche Meinung entsprechend wirkte – auch für die Westzonen im Zuge ihrer Weststaatsgründung und schließlich auch im Hinblick auf das sich wandelnde Meinungsbild über Deutschland bei den Westalliierten –, war der Mauerbau für die West-Berliner und langfristig auch

für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung ein schwerer politischer Schock, der überwiegend als Niederlage des Westens und als das Ende der bisherigen Wiedervereinigungshoffnungen begriffen worden ist.

Lassen Sie mich zu der ersten Berlin-Krise einschränkend sagen, daß die Reaktion des Westens natürlich sehr unterschiedlich war. Die Wirkung des Verhaltens der West-Berliner in dieser Krise war in den USA am stärksten. Relativ stark war sie auch noch in der öffentlichen Meinung Großbritanniens, weniger bei den dort Regierenden. Am wenigsten stark war die Wirkung in Frankreich, das sich an der Luftbrücke im Unterschied zu Großbritannien nicht beteiligt hatte.

Immerhin gab es in der wichtigsten Regierungspartei, dem MRP, doch eine gewisse Wendung bei Politikern wie George Bidault und Robert Schuman. Das führte später zu den Anfängen der europäischen Integration.

Meine zweite Bemerkung mündet in einer Frage: ob der scharfe Schnitt von 1961, der mittelfristig einem internationalen Modus vivendi Raum gab – ich meine damit die Berlin-Regelung von 1971, weil die DDR sich zunächst nach außen stabilisierte –, hätte vermieden werden können.

Dabei geht es jetzt weniger um die übergreifende Frage, ob es in den 50er Jahren Chancen zur Wiedervereinigung gab. Wir werden uns diesem Thema noch mit großer Sorgfalt zuwenden. Vielmehr geht es um die Frage, ob unterhalb dieser Ebene eine frühere und deutlichere Klärung der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik eine weniger einschneidende und vielleicht auch frühere Regelung ermöglicht hätte.

Ich greife hier auf den Punkt zurück, den der Kollege Mahncke formuliert hat über die Frage, warum und weshalb West-Berlin kein Land der Bundesrepublik geworden sei, und auf seine Meinung, dies sei durchgehend der offizielle Standpunkt der Westmächte gewesen; deswegen ihre Suspendierung des Art. 23 des Grundgesetzes und anderes mehr.

Das ist nach außen richtig. Es war der offizielle Standpunkt der Westmächte. Allerdings gab es eine Zeit, in der diese Position durchaus nicht zementiert war, sondern diskutiert wurde – auch mit der ersten Bundesregierung.

Unmittelbar im Anschluß an das Ende der ersten Berlin-Krise, nämlich im September/Oktober 1949, war dies Gegenstand einer der ersten Debatten des Bundestages und einer Bundestagsentschließung am 30. September 1949, in der die Alliierten gebeten wurden, die Suspendierung des Art. 23, der feststellte, daß Berlin das zwölfte Land der Bundesrepublik sein sollte – es gab ja noch drei Südweststaaten, deshalb die Zahl 12 –, doch bitte rückgängig zu machen.

Zum Erstaunen des amerikanischen Hochkommissars McCloy hielt Bundeskanzler Adenauer es nicht für notwendig, der Hohen Kommission diese Bundestagsentschließung vorzulegen. Noch mehr, Adenauer hat in den nach-

folgenden Monaten und Jahren, wie die auf französischen, vor allen Dingen aber amerikanischen und britischen Quellen aufbauende Studie von Hermann Josef Rupieper, die 1991 erschienen ist, deutlich macht, gemeinsam mit der französischen Regierung verhindert, daß die amerikanischen Vorstöße, West-Berlin zum zwölften Bundesland zu machen, Erfolg hatten.

Ich will das an einem Zitat illustrieren, das aus einem Gespräch stammt, das der wichtigste und engste außenpolitische Berater Adenauers, Herbert Blankenhorn, im Oktober 1949 mit einem Vertreter der Hohen Kommission führte.

„Als das Berlin-Problem erwähnt wurde, entwickelte Blankenhorn die bekannte Adenauer-Linie zugunsten der Hilfe für Berlin, ohne jedoch Berlin zum zwölften Land zu machen. Er ging sogar noch über Adenauers Argumentation gegen den Landstatus hinaus. Er vertrat die Meinung, daß Berlin seinem Wesen nach nicht zum Westen gehöre. Das wichtigste Ziel sei, den Westen zu konsolidieren und Deutschland politisch und kulturell in den Westblock zu integrieren. Er vertrat die Meinung, daß es wichtig sei, Süddeutschland endlich eine Chance zur Selbstbehauptung zu geben. Das alte Argument, der Nationalsozialismus komme aus dem Süden, sei irreführend, Hitler sei mit der Unterstützung des Nordens und des Ostens, lange nachdem sein Einfluß in Bayern den Zenit überschritten hatte, an die Macht gekommen. Es wäre gefährlich, West-Berlin zu diesem Zeitpunkt eine führende Rolle zu geben. Es sei nicht nur im tiefsten Sinne preußisch, sondern auch den totalitären Einflüssen seiner Umgebung ausgesetzt. Als Teil der früheren Hauptstadt Deutschlands würde Berlin einen unangemessenen Einfluß ausüben, der gefährlich sein könnte. Nach einer Stabilisierung der politischen Zustände im Westen würde es angemessen sein, Berlin aufzunehmen.“

Soweit das Zitat. In diesem wurde schon deutlich, daß manches an der von Adenauer geprägten Linie hier sehr überspitzt wiedergegeben wurde, wobei man sagen muß Adenauer hielt eine entsprechende Rede vor der Universität Köln im März 1946; „Berlin als heidnische Stadt“ und viele andere Zitate sind bekannt. Aber auch wenn man diese Einschränkung macht, muß man sich zunächst auf die Argumente Adenauers einlassen, insbesondere – abgesehen von bestimmten innenpolitischen Sorgen, die aber wahrscheinlich in seinen Augen eher vernachlässigbar waren – auf seine Furcht vor einer Erschwerung der Westintegration dadurch, daß auf die Bundesregierung Druck ausgeübt würde, ihren Sitz nach West-Berlin zu verlegen und der Wiedervereinigungspolitik oberste Priorität zu geben.

Ob diese Sogwirkung eingetreten wäre, ist heute sicherlich schwer zu sagen; aber die politischrechtliche Eingliederung der Westsektoren Berlins in die Bundesrepublik hätte die Salamtaktik bei der Veränderung des

Status quo durch Ost-Berlin, durch die DDR-Regierung jedenfalls ein Stück konterkariert.

Vierte Bemerkung: Als im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum seit November 1958, vor allem im Herbst 1959, nachdem die Bundesrepublik und die DDR zum erstenmal am Genfer Katzentisch international gleichbehandelt worden sind, bei den Gesprächen Eisenhower-Chruschtschow in Camp David sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die amerikanische Politik eine praktische Berlin-Regelung nach dem Muster der zuerst von John Foster Dulles kurz vor seinem Tod formulierten Agententheorie – also DDR-Grenzbeamte bei der Kontrolle der Zugangswege als Agenten der Sowjets – akzeptieren würde, war aus der Sicht Adenauers, wie die damals wieder aufgenommenen vertraulichen Gespräche mit Chefredakteuren in Bonn zeigten, jedenfalls die Tendenz zur internationalen Anerkennung der DDR unaufhaltsam.

Er hatte sich aber auf der anderen Seite im Mai 1960 riesig gefreut, als die Pariser Gipfelkonferenz platzte.

Zitat: „Wir haben noch mal nieses Glück gehabt.“ Ich kann das Kölsche leider nicht so gut.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Das war kein gutes Kölsch!

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Das gebe ich zu, aber das Zitat ist trotzdem von seinem Pressechef Felix von Eckardt übermittelt, dem Adenauer dies gesagt hat.

Fünfte Bemerkung. Es ist sehr zu diskutieren, ob frühere Lösungen in dem bezeichneten Sinne die Rigidität des Grenzregimes ab dem 13. August 1961 hätten verhindern können. Klar ist, daß es in jedem Fall ein Grenzregime gegeben hätte, damit die DDR im Sinne der Sowjetunion und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts stabilisiert werden konnte. Klar ist auch – darauf hat ja vorher der kleine Disput zwischen Frau Wilms und Herrn Mahncke schon hingewiesen –, daß ab 1962, also unmittelbar nach der Mauer, umfangreiche, massive Berlin-Hilfen von seiten der Bundesregierung gekommen sind, die in ihren materiellen, wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Auswirkungen erheblich größer waren als in den 50er Jahren insgesamt durch das sogenannte Notopfer Berlin. Dazu braucht es hier in diesem Kreis keine zusätzlichen Ausführungen. Denn der Abbau dieser Berlin-Hilfen in den letzten Jahren – er findet ja nach wie vor statt – bringt ja erhebliche Einbußen, insbesondere für die West-Berliner. Daraus kann man den massiven Charakter dieser Hilfen ersehen.

Noch eine Bemerkung: Die Wende in der Ostdeutschland/Berlin-Politik, zuerst in der politischen Führung West-Berlins, später in ersten Ansätzen der Großen Koalition und schließlich in den entscheidenden Schritten der sozialliberalen Koalition ab 1969, ist durch die Erfahrungen des 13. August 1961 in Gang

gekommen. Brandt hat dies am 25. Februar 1970 im Bundestag deutlich gesagt. Damals wurde ein Vorhang weggezogen, und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer.

Der Antwortbrief John F. Kennedys auf einen Brief, den Willy Brandt unmittelbar nach dem 13. August geschrieben hat, um die Nöte der Stadt und insbesondere die psychologische Situation darzulegen, machte dann auch deutlich, daß es unabhängig von der Sicherung der drei Essentials wichtig war, sich nicht im politischen Status quo einzurichten. Und daraus wurden dann ganz bestimmte Konsequenzen gezogen.

Letzter Punkt, der auch die Diskussion mit Herrn Mahncke noch erwähnt: Da ich selber einer der Betroffenen der Maßnahme der Bundesregierung nach 1961 war – durch die Verlängerung der Wehrpflicht –, ist es nicht ganz richtig, wenn Sie sagen, daß es keine militärischen Maßnahmen außer dieser Verlängerung der Dienstzeit der Zeitsoldaten gegeben habe. Die Wehrpflicht wurde unmittelbar nach dem Mauerbau zunächst auf 15 Monate erweitert, ab 1962 auf 18 Monate. Soviel zur Ergänzung dessen, was Herr Mahncke gesagt hat. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU): Vielen Dank, Herr Soell. Daß es mich jetzt juckt, einiges zu sagen, möge man verstehen. Aber ich bin heute nur Moderator; deshalb gebe ich jetzt das Wort Herrn Professor Wilke, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einem Aspekt sprechen und den Faden weiterspinnen, den Stefan Wolle vor mir schon gelegt hat, welche Rolle das Volk von Berlin in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt hat. Dabei werde ich mich auf die Grundfrage deutscher Politik nach 1945 konzentrieren: Wo gehört Deutschland hin, West- oder Ostorientierung?

Wir alle kennen das Bild. 1945 wurde auf diesem Reichstag die rote Fahne gehißt. Wir wissen auch, daß das Bild als Propagandacoup geplant wurde. Mit dem Bild wollte die Sowjetunion den Deutschen deutlich machen, wer der Sieger ist.

Die Alliierten hatten Berlin aus den Besatzungszonen herausgenommen, um hier in der Hauptstadt des bezwungenen Reiches gemeinsam als Sieger über Deutschland zu entscheiden. Keine Macht hat die Teilung explizit gewollt. Roosevelt hat in Jalta hellsehtig gesagt: Vielleicht wird aus Besatzungszonen die Teilung werden, auf die sich die „großen Drei“ in Jalta nicht einigen konnten.

Aber der Sonderstatus Berlins machte eines deutlich, über die Deutschen sollte verfügt werden, um die drei zentralen Ziele alliierter Nachkriegspolitik durchzusetzen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.